

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden für Anzeigen und für Anzeigen für Anzeigen entgegengenommen. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Stück 20 Pf. - Preis für den Abnehmer 10 Pf.

Abgabeort für Anzeigen aus dem Erzgebirge: Leipzig, Markt 10. - Abgabeort für Anzeigen aus dem Ausland: Leipzig, Markt 10. - Abgabeort für Anzeigen aus dem Ausland: Leipzig, Markt 10.

Telegramme: Auerblatt, Erzgebirge. Inhaltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Clubs und des Amtsgerichts Auer. Druckverleger: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 130

Donnerstag, den 5. Juni 1924

19. Jahrgang

### Dauerkrisis.

Von Dr. Hermann Rahnke.

Rein neuer Kurs in Deutschland — trotz der Wahlen. Die Verständigungspolitik wird fortgesetzt. Das ist das Ergebnis wochenlanger, qualvoller Verhandlungen zwischen den Parteien. Die Deutschenationalen haben versagt. Sie stimmen einer Kontinuität der Politik nicht zu. Eine Entscheidung über das Sachverständigengutachten darf nach ihrer Meinung erst in einem Schlußabkommen erfolgen, bei dem die politischen und Ehrenpunkte gleichzeitig mitgeregt werden müssen. Das bisherige Kabinett dagegen hatte den Sachverständigenbericht schon angenommen und nur diejenigen Vorbehalte gemacht, von denen die Sachverständigen selbst ausgegangen sind. Diese Klust ließ sich nicht überbrücken, und so bleibt die Rechte, obwohl durch die Wahlen auf 105 Stimmen angewachsen, außerhalb der Regierung.

Die drei Mittelparteien, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten verfügen zusammen über 138 Stimmen unter 472. In den Fragen der auswärtigen Politik stoßen zu ihnen die 100 Sozialdemokraten. Unklar bleibt die Stellung kleinerer Gruppen, die sich aus recht verschiedenen Elementen zusammensetzen. Immerhin müssen eilige Stimmen über die Hälfte herauskommen, so daß Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefaßt werden können. Unerfindlich aber bleibt einzuwirken, wie sich eine Zweidrittelmehrheit bilden soll, die zu Verfassungsänderungen nötig ist.

Eine Aenderung von Verfassungsvorschriften ist durch die im Sachverständigenplan geforderte Umgestaltung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft bedingt. Aber auch andere Gesetzesentwürfe werden wahrscheinlich einer qualifizierten Mehrheit zu ihrer Verabschiedung bedürftig sein. Sollte der Reichstag hier versagen, so muß er aufgelöst werden; denn es handelt sich um Fragen, von denen das Wohl und Wehe, das Leben und Sterben des ganzen Volkes abhängt. Man darf auch wohl annehmen, daß die Wählererschaft nach dem Anschauungsunterricht, den sie dann genossen hatte, eine bessere Antwort geben würde, als am 4. Mai. Tarnak haben mehr Stimmungen als klare Erwägungen, mehr Egoismus als Staatsnotwendigkeiten den Ausschlag gegeben. Jetzt aber lehrt die Erfahrung, zu welchem Anseheln die Verführung der Mägelparteien und die Schwächung der Mitte führt. Politische Krisen waren wir gewohnt; aber so schwer und so scharf wie die jetzige war keine, und eine Wiederholung sollte niemand wünschen.

Zunächst ist alle Kraft darauf zu richten, daß die Vorschläge der Sachverständigen zur Durchführung gelangen. Amerika hat bei ihrer Auffassung die Forderung gehabt und erwartet, daß man es nicht bedauert. England hat sich gleichfalls auf den mit so vieler Mühe ausgearbeiteten Plan eingestellt. Belgien und Italien nicht minder. Deutschland würde sich politisch isolieren und wirtschaftlich ruinieren, wenn es nicht mit rechtlichem Verständniswillen in die Verhandlungen einträte. Die Rentenmark hält, wenn der Sachverständigenplan zustande kommt. Sie bricht zusammen, wenn er scheitert. Neue Sanctionen, und zwar diesmal nicht französische, sondern internationale, würden über uns verhängt. Kredite blieben aus, und alles, was bisher zum Wiederaufbau unternommen und an Reparationen geopfert wurde, wäre vergebens gewesen. So groß und bis ins Unerträglich gehend die Lasten sind, die wir auf uns nehmen, so müssen uns doch diese im Belagerungsfall entstehenden Folgen zur Uebernahme bewegen.

In jedem Falle ist es wichtig, das Wahlrecht zu ändern, das durch seine Fehlerhaftigkeit zu der unglücklichen Zusammensetzung des neuen Reichstages sehr viel beigetragen hat. Die Wahlkreise sind zu groß, als daß sie von dem Kandidaten noch gründlich bearbeitet werden könnten. Die Ausdehnung der Reichslisten fördert die Parteienpolitik. Die Jugendlichen üben einen Einfluß, auf den sie keinen Anspruch haben. An diesen drei Stellen ist der Debel anzusetzen, und zwar sofort, damit sich die etwa notwendigen Neuwahlen unter vernünftigeren Voraussetzungen vollziehen. Auch hier zu bedenken ist, freilich Widerstände, namentlich bei denjenigen Parteien, die durch die Ausweitung des Wahlrechts begünstigt werden. Aber man muß mit äußerstem Nachdruck versuchen, die Reformen durchzusetzen und damit die Unterlassungsstände wieder gutzumachen, die der alte Reichstag mit seiner Vernachlässigung dieser Vorfrage aller Politik beging.

Auch sonst ist der Weg des neuen Kabinetts so voll von Dornen und von Steinen, daß es bei jedem Schritt stützen kann. Man blide nur auf die Fälle von Anträgen, die sich schon in den ersten Tagen über den neuen Reichstag ergossen haben. Am 1. Juni 1924 aber ist es noch wie Neuland aufgeschloß. Verfassungs-

Steuern, Beamten, Klassen, und Strafrechtsfragen der schwierigsten Art, nahe an Hundert schon jetzt, nachdem die Konstituierung kaum erfolgt ist, dazu Interpellationen, deren Zahl noch täglich anwächst, zurückgestellte Regierungsentwürfe, die wieder hervorgeholt werden müssen, neue Vorlagen, durch die Ereignisse der stürmisch bewegten Zeit gebieterisch gefordert — ein Problem, zu dessen Bewältigung selbst bei größter Arbeitsfreudigkeit viele Monate gehören. Tatsächlich ist in dessen wirkliche Arbeitsfreude nicht vorhanden, sondern

zumest nur Agitationsbedürfnis. Auch an der Fälligkeit fehlt es. Der englische Parlamentarismus zögert länger, der deutsche nicht.

So gehen wir einer Zeit der politischen Unfähigkeit entgegen, wie sie noch nicht dagewesen ist. Das Schiff wird schlingern und stoßen, bis es vielleicht zuletzt auf eine Sandbank aufläuft. Dann bleibt als letzte Rettung nur die Auflösung übrig, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die dazu Befugten Stellen zur Anwendung dieses Mittels entschlossen sind.

## Das Programm des Kabinetts Marx.

Reichstags-Sitzung vom 4. Juni.

Das Kabinett Marx-Stresemann tritt von neuem vor das Parlament. Die Regierungskräfte, die man solange völlig verwaist gesehen hatte, waren nun wieder Kopf an Kopf, besetzt. Das gesamte Ministerium war erschienen. Mit ihm ein ganzer Stab von Staatssekretären, Direktoren und Referenten. Das Haus selbst war, wie immer an solchen Tagen, überfüllt. Als der Reichskanzler auf die Rednertribüne trat, um sein Programm zu entwickeln, verfiel die Kommunisten großen Lärm zu machen. Aber der Krach blieb gleich in seinen Anfängen stecken. Der Präsident griff ein. Die Glocke wurde einmal, zweimal, dreimal, dauernd in Bewegung gesetzt. Der Reichskanzler wartete ein paar Minuten, und dann begann er, unbetört um die Brandung, die von der äußersten Linken auf ihn herandröselte, zu sprechen. Gleich danach legte sich der Sturm, und wenn die Kommunisten im weiteren Verlauf der Rede auch die verschiedensten Zwischenrufe, teils einzeln, teils im Chor, machten, so vermochte das doch nicht mehr den Gang der Entwicklung aufzuhalten.

5.20 Uhr erscheint der Reichskanzler Marx im Saal. Mit ihm die Reichsminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarred, Postminister Dr. Bölle, Arbeitsminister Dr. Brauns, Verkehrsminister Oeser, Reichswehrminister Dr. Geßler, Wirtschaftsminister Hamm, Ernährungsminister Graf Ranig.

Reichskanzler Marx:

Meine Damen und Herren. Ich habe die Ehre, dem neuwählten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Herr Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung hatten ihren tiefsten Grund in der ernsten und bedrängten außenpolitischen Lage des Reiches. Nach dem vergeblichen Bemühen, in Deutschland zu einem wahren Frieden zu gelangen, wird der Meinungsstreit über den einschlagenden Weg heftiger ausgetragen, als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands es rechtfertigt. Seit Jahren steht das deutsche Volk unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse, zumal jetzt da das Gutachten der Sachverständigen die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es die Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos, wenn nicht gar verzweifelt. In allerjüngster Zeit muß eine Entspannung der Geldknappheit eintreten, wenn nicht unsere ganze Wirtschaft erliegen soll. Den Ausgang aus der wirtschaftlichen Krise sah die Reichsregierung in dem Gutachten namhafter ausländischer Sachverständiger. Sie hat deshalb am 17. 4. der Reparationskommission Grundvorgetragen, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblickte, und daß sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zu unterstützen. Die jetzige Reichsregierung wird die bereits im Gange befindlichen und durch die Regierungsbildung nicht verzögerten Vorarbeiten zur Durchführung des Gutachtens fortsetzen. Aufgabe der Organisationskommission für die Goldnotenbank, für die Reichsbahn und für die Industrieobligationen wird es sein, die in dem Gutachten noch vorhandenen Lücken auszufüllen und Unklarheiten sowie gegenseitige Widersprüche aufzuklären. Die Befugnisse der Kommissionen müssen völlig klargestellt und abgegrenzt werden und die Zweifel hinsichtlich der deutschen Mehrheit in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn beseitigt werden. Danach wird die Reichsregierung die Gesetzentwürfe über diese Materien den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Ferner müssen die Fragen der Höhe und Verbrauchszugaben mit der Gegenseite erörtert werden und die Loyalität des Vorgesetzten für die Reparationszahlungen nach in den Einzelfragen geregelt werden.

Das Gutachten kann nach der Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung will die Voraus-

setzen beschleunigen und das Gutachten in die Wirklichkeit umsetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstages. Die von unserer Seite zu erlassenden Gesetzesentwürfe und Anordnungen werden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststeht, daß auch die Gegenseite das Gutachten als ein unteilbares Ganzes unverändert annimmt, und wenn Gewißheit dafür gegeben ist, daß die Gegenseite gleichzeitig alle die Maßnahmen trifft, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet sind, um die deutsche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen.

Die ungeheuren Opfer für das deutsche Volk sind nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, in ihrer Heimat sich ungehörter Arbeit hinzugeben.

Den vielen Tausenden Vertriebenen und ihres Heimat verlusteten Freiheit und Heimat wiederzugeben, ist ein unerlässliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen kann.

Wenn das Gutachten im Geiste christlicher Verständigung als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt wird, werden wir wieder auf eine vertragliche Grundlage mit unseren Reparationsgläubigern kommen. Es ist nur folgerichtig und unerlässlich, daß dann die vertragliche Basis abermals wieder hergestellt wird, sowohl bezüglich des auf Grund des Versailler Vertrages besetzten unheimlichen Gebietes als auch bezüglich der über diesen Vertrag hinaus besetzten Gebiete. Das wird in sich schließen, daß im altbesetzten Gebiet das Rheinlandsabkommen wieder hergestellt und lokal gehandhabt wird und die darüber hinaus besetzten Gebiete geräumt werden. Die Sachverständigen haben selbst klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen Reichsregierung und den alliierten Regierungen unmittelbar geregelt werden müssen. Vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reiches wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik müssen alle innerpolitischen Fragen vorerst zurücktreten.

Deshalb unterlassen wir es jetzt, auf Fragen innerer Politik einzugehen. Erst nach einer Klärung und Vereinfachung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten kann der Wiederaufbau im Innern auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in Angriff genommen werden. Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeit setzen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich ist und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus für das ganze Volk ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden.

Angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Lage in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwört die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die langsam einsetzende Gesundung Deutschlands durch Unmüdigkeit nicht wieder zu gestören. Wenn Deutschland ein zweites Mal so dicht an den Abgrund kommen sollte, wie im November vorigen Jahres, dann wird niemand mehr Hilfe bringen können. In den kommenden Wochen handelt es sich darum, den eingeleiteten Gesundungsprozess durchzuführen und die deutsche Wirtschaft zu retten. Wir dürfen nicht die schwere, geschichtliche Schuld auf uns laden, das deutsche Reiches Untergang verschuldet zu haben, weil wir im entscheidenden Augenblicke nicht nationale Disziplin zu wahren wußten. Das Ausland muß sehen, daß das deutsche Volk geschlossen von sich bleibenden Weg in die Freiheit gehen will. Das Ausland muß sich endlich auch den Beweis erbringen, daß es im christlichen Verständigung bereit ist. Nur dann wird sich im deutschen Volke der durch zahllose Enttäuschungen und Demütigungen erschütterte Glaube an wahren und dauernden Frieden wieder festigen.

Es geht um deutsche Brüder, es geht um deutsches Land, es geht um Deutschlands Rettung in letzter äußerster Not. Das Rheinland und unsere bedrängten Landsleute an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf Sie und

den Erfahrungen, (P. 4. in Ch.) die dieses Bitter die gekommen, in 2.) . . . 2. in 2.) ein Buch der im Worte des und Buch was ich selbst den  
und seiner ge- glt bei direkter dmarkt (später le vor einigen Tagen soll die Beratung über die Zulassung, age all. Alle Buchhandlung, rlin 1924) zu anges ausführt.  
ndlung, raße 26.  
e  
S  
?  
J.  
n.  
n.  
t.  
sucht mmer. nt. N. I. h. d. W. mldgen ng gef. m. 7. l, sucht autlieh. reundin. R. 688 erbeten. eigen g im Blatt.